

Pressemitteilung

Berlin, 7. September 2015

Frankreichs unerklärter Krieg gegen Deutschland

Ein Mangel an Strategie kann man Frankreich wirklich nicht vorwerfen, obwohl weder die Lage der Wirtschaft, noch die Stabilität des politischen Systems besticht. Wo immer Franzosen auftreten – und sie sind in internationalen Institutionen überall und bestens vernetzt –¹ nutzen sie ihre Position nicht nur, um geräuschlos und effizient der *Grande Nation* zu dienen.

Dies ist nur die offenkundige Seite der französischen Politik, wenn sie auch von den pathologischen Frankreich-Liebhabern wie *Wolfgang Schäuble* stets unterschätzt wird. Hinzu kommt die andere Seite, d.h. die diskret systematische Nutzung von nationalen und internationalen Positionen von französischen Politikern, um den politischen Diskurs über Europa im Sinne Frankreichs zu beeinflussen.

Wenn Herr *Cœuré* in einer Rede vor den Botschaftern Frankreichs die Schaffung eines Finanzministeriums für den Euroraum unter der Aufsicht des Europäischen Parlaments vorschlägt, so weiß er sehr genau, dass in absehbarer Zeit, also in den nächsten zwei bis drei Jahren, bereits aus vertragsrechtlichen Gründen hieraus nicht sehr viel wird, zumal die Bundesregierung die intergouvernementale Form der Zusammenarbeit vorzieht. Aber dennoch wird ein Zeichen gesetzt, um deutlich zu machen, dass die institutionelle Revolution, die seit 2010 normative Grundpfeiler der Währungsunion zum Einsturz gebracht hat, weitergehen soll und aus französischer Sicht als unvollendet angesehen wird.

Daher ist es auch nicht erstaunlich, wenn der *prince charmant* der französischen Politik, Wirtschaftsminister *Macron* während einer launigen Rede im Auswärtigen Amt seine Ambition bekundet, die Währungsunion um etwas zu ergänzen, was nicht nur aus deutscher Sicht, sondern in der Tradition der Hartwährungsländer ein

¹ *Pierre Moscovici* als Wirtschafts- und Währungskommissar in der Europäischen Kommission, *Christine Lagarde* als Direktorin des IWF, *Benoît Cœuré* als Mitglied des Direktoriums der EZB und damit Verantwortlicher für die Wertpapieraufkäufe im Rahmen des PSPP.

EUROPOLIS

Bruch mit der bisherigen, formalen Prinzipien der Währungsunion wäre: Finanzausgleich.

Derartige Projekte werden natürlich in einen pathetischen Europadiskurs eingebettet. Es geht immer um Sein oder Nichtsein Europas. Indessen nimmt nur der ungeübte Beobachter französischer Verhältnisse die Gaukelei französischer Politiker für Realität.

Was steckt hinter dem Vorschlag, ein europäisches Finanzministerium zu schaffen? Warum fordert Frankreich so vehement ein Eurozonen Budget? Weshalb wagt sich der junge *Macron*, der es gar nicht abwarten kann, seine Präsidentschaftskandidatur anzukündigen, soweit nach vorne, um aus seinen Erfahrungen als Investmentbanker bei *Lazard Frères* den Deutschen einzureden, die Währungsunion ohne Finanzausgleich sei nicht möglich und dies obwohl die Währungsunion aus deutscher Sicht nur unter der Bedingung, dass es niemals einen Finanzausgleich geben wird, akzeptiert wurde!

Das französische Postulat nach mehr Europa, d.h. nach noch mehr Zentralisierung und nach noch mehr Vergemeinschaftung nationaler Politiken ist immer und zuerst eine Forderung nach mehr Einfluss von Frankreich auf die nationalen Politiken der anderen Staaten. Kein anderes Land hat es so gut wie Frankreich verstanden, innerhalb der Europäischen Kommission aber auch in den angegliederten Institutionen, wie der Europäischen Investitionsbank, ganz zu schweigen von der EZB, so überproportional zu seiner wirtschaftlichen Bedeutung Position einzunehmen und Einfluss auszuüben. Zwar sind die Zeiten von *Jaques Delors*, der meinte, er wäre der eigentliche europäische Präsident und könne Europa nach französischem Ebenbild gestalten, längst vorbei. Aber der Wunsch der Franzosen, Europa nach ihrem Ebenbilde zu gestalten, als eine Konföderation, die natürlicherweise unter französischer Führung steht und dabei französischen Konzepten folgen würde, zu definieren, ist omnipräsent.

Ein Europäisches Finanzministerium mit einem Eurozonen Budget würde es den Franzosen erleichtern, ihre Transferpolitik ohne den aus ihrer Sicht lästigen Bundestag durchzuführen. Man brauchte nicht mehr langwierige Beratungen in unendlich langen Brüsseler Nächten, sondern könnte Ruckzuck durch

EuropolIS

entsprechende personalpolitische Besetzungen in einem solchen Ministerium sicherstellen, dass Deutschland zur Zahlung angewiesen wird. Das Gerede von einem Eurozonen-Budget ist eine Kampfansage an die parlamentarische Demokratie, so wie sie in Deutschland, den Niederlanden, Finnland, der Slowakei, und in den baltischen Ländern praktiziert wird. Frankreich befiehlt, der Hartwährungsraum zahlt.

Mit seiner Forderung nach einem Dauerfinanzausgleich hat *Macron* zumindest die Ehrlichkeit besessen, das System, welches gegenwärtig mehr schlecht als recht funktioniert und auch von den Hartwährungsländern nicht akzeptiert wird, als Regel einzuführen. Frankreich testet den wichtigsten Gegner. Jene von *Herfried Münkler* unzutreffenderweise als Hegemonialmacht bezeichnete Bundesrepublik Deutschland, hat immer dann, wenn Frankreich vortprescht, nichts weiter zu bieten, als wie das Kaninchen vor der Schlange zusammenzuzucken.

Während der Verhandlungen mit Griechenland wurde deutlich, wo das Potential für die Durchsetzung deutscher Ordnungspolitik in Europa liegt: im Bündnis mit den von Paris als „klein“ bezeichneten Ländern („*les petits pays*“), Baltikum, Österreich, Niederlanden, Slowakei, und natürlich auch außerhalb der Eurozone, z.B. in Tschechien und natürlich mit Großbritannien. Wer jedoch fürchtet, es auf einen Clash mit Frankreich ankommen zu lassen, der wird die Führung bei der Setzung von politischen Themen an die Franzosen abgeben und jegliches ordnungspolitisches Profil verlieren. Bislang ist die ordnungspolitische Bilanz der Europäischen Währungsunion aus deutscher Sicht beeindruckend negativ. Dies hängt auch mit dem gänzlichen Fehlen einer deutschen Strategie zusammen.

Möge sich wenigstens das Finanzministerium – denn der Fall des Auswärtigen Amtes ist hoffnungslos- an Frankreich orientieren. Man kann von diesem Land lernen und vor allem siegen lernen, ohne den Krieg zu erklären.

Pressekontakt:

Europolis e.V.
Hackescher Markt 4
10178 Berlin - Germany
sek@office.mck.de
0049-(0)30 84314136